Peru im Klimawandel

24. November 2021

**In Zusammenarbeit mit dem Movimiento Ciudadano frente al Cambio Climático MOCICC
32 Teilnehmer*innen**

Referent: Antonio Zambrano Allende, MOCICC

Moderation: Vanessa Schaeffer

Die zweite Referentin, Augustina Mayan, musste wegen Problemen mit der Internetverbindung leider kurzfristig absagen.

Ungleiche Verantwortung

Antonio Zambrano stellte den Begriff der Klimagerechtigkeit in den Mittelpunkt seines Vortrags. Klimagerechtigkeit erklärt die historische Verantwortlichkeiten für den Klimawandel und wirkt darauf hin, dass diese nicht weiter fortbestehen. Klimagerechtes Handeln umfasst Anpassungsmaßnahmen und Entschädigung für Schäden und Verluste in den am meisten betroffenen Regionen. Und natürlich geht es darum, sofort ehrgeizige Maßnahmen zum Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen umzusetzen und Solidarität mit den indigenen Völkern, mit benachteiligten Gruppen und mit dem Globalen Süden insgesamt zu zeigen.

Die Verantwortlichkeiten für den menschengemachten Klimawandel sind höchst unterschiedlich: Allein die USA sind für 40 Prozent der Treibhausgasemissionen seit Beginn der industriellen Revolution verantwortlich, die Europäische Union für 29 Prozent. Zusammen sind die Länder des Globalen Nordens für 92 Prozent aller bisherigen Emissionen verantwortlich, obwohl hier nur 19 Prozent der Weltbevölkerung leben. Manche sprechen deshalb von Klimakolonialismus oder einfach von "Atmosphärendiebstahl".

Der Süden ist immer der Verlierer: Nach den Daten des Climate Vulnerability Monitor betragen die Gesamtkosten durch Dürren, Überschwemmungen, Erdbeben, Stürme und Brände in Folge des Klimawandels bis zum Jahr 2100 571 Milliarden Dollar. 82 Prozent davon hatte der Globale Süden zu tragen. Bis 2100 wird der Süden 92 Prozent der Gesamtkosten tragen, die auf 954 Mrd. USD geschätzt werden. Allein im Jahr 2100 starben rund 400.000 Menschen an den Folgen klimabedingter Krisen. 98 Prozent dieser Todesfälle ereigneten sich im Globalen Süden, und 83 Prozent in den Ländern mit den niedrigsten Treibhausgasemissionen der Welt. Reiche Länder erleiden weniger als ein Prozent der klimabedingten Todesfälle.

Peru: Extremwetter, Gletscherschmelze, Savannisierung des Amazonasgebietes

Peru ist aufgrund seiner geographischen Gegebenheiten und seiner ungewöhnlich reichen Biodiversität besonders vom Klimawandel bedroht und betroffen. Drei wesentliche Auswirkungen des Klimawandels sind jetzt schon spürbar:

Extremwetterlagen mit Überschwemmungen und Dürren haben zugenommen. Seit den 1970er Jahren tritt das Wetterphänomen El Niño aufgrund des Klimawandels häufiger und mit größeren Auswirkungen auf. Überschwemmungen verursachen schwerwiegende Schäden an der Infrastruktur. Dürreperioden gefährden die Gemeinden in den Hochanden und die Ernährungssicherheit.

Dem Amazonas-Regenwald droht die „Savannisierung“. Seit den 1960er Jahren hat das Amazonasgebiet rund 20 Prozent seiner Wälder durch Abholzung und Verschmutzung durch die Rohstoffindustrie verloren. Im Jahr 2020 wurde in Peru trotz des Lockdowns so viel Regen-

wald abgeholzt wie in keinem anderen Jahr zuvor: 203.000 Hektar. Die Niederschläge haben seit 1970 abgenommen. In den letzten drei Jahrzehnten stirbt immer mehr Biomasse. Das hat dazu geführt, dass der Amazonas-Regenwald weniger CO₂ aufnehmen kann. Wärmere und trockenere Bedingungen könnten irreversible Auswirkungen auf den Amazonaswald haben: Modellrechnungen prognostizieren für die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts einen Wandel von einem Tropenwald-Ökosystem zu einem Savannen-Ökosystem.

Schließlich bedroht die anhaltende Gletscherschmelze die Wasserversorgung des Landes. Peru hat in den letzten fünfzig Jahren 53,5 Prozent seiner Gletscherfläche verloren. Die Gletscher versorgen derzeit 24 Wassereinzugsgebiete in elf Regionen mit Wasser. Alle Gletscher unterhalb von 5.000 Metern werden jedoch bis 2030 verschwinden. An der peruanischen Küste, wo 65 Prozent der Bevölkerung des Landes leben, die aber nur zwei Prozent der Wasserressourcen birgt, wird dies unweigerlich zu Wasserknappheit führen. Das Abschmelzen der Gletscher birgt außerdem die Gefahr von massiven Lawinenabgängen und Überschwemmungen durch das Überlaufen von Lagunen.

Natürlich trägt auch Peru zu den Treibhausgasemissionen bei. Die mit Abstand meisten Emissionen werden durch die Entwaldung verursacht (41% in 2009), gefolgt von der Landwirtschaft (28%). Ein Deutsch-Norwegisches Abkommen mit Peru von 2014 hat zum Ziel die Entwaldung zu stoppen. Angesichts der fortschreitenden Entwaldung muss das Abkommen als weitgehend gescheitert angesehen werden. Über eine Evaluation der Ergebnisse ist nichts bekannt.

Der Weltklimagipfel in Glasgow

Wie sind angesichts dieser dramatischen Lage die Ergebnisse des Weltklimagipfels in Glasgow im November 2021 zu bewerten? Für Antonio Zambrano war die COP 26 ein „Gipfel des Bla-Bla-Bla“.

Die globale Temperatur ist bereits jetzt um 1,1 Grad gestiegen. Es bleiben also gerade noch 0,4 Grad, bis die Grenze des 1,5 Grad-Ziels erreicht ist. Selbst wenn alle Länder ihre national gesetzten Ziele zur Treibhausgasreduzierung (NDC) erfüllen, würde die Welt auf einen Temperaturanstieg von 2,4 Grad zusteuern. Das tatsächliche Handeln der Staaten deutet allerdings darauf hin, dass wir uns sogar auf 2,7 Grad Anstieg zu bewegen.

Zwar wurde der Markt für den Emissionshandel besser strukturiert, aber eine doppelte Berechnung von Einsparungen wird nicht eindeutig ausgeschlossen. Für die indigenen Gemeinschaften ist besonders enttäuschend, dass ihr Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung zu Eingriffen in ihren Territorien nicht in der Abschlussvereinbarung enthalten ist. Ebenso wenig werden unabhängige Beschwerdemechanismen vorgesehen.

Die Europäische Union und die USA haben sich geweigert, einen Fonds für die ärmsten Länder zur Bewältigung der Krise einzurichten. Immerhin bietet das so genannte Santiago-Netz, eine Initiative der chilenischen Regierung auf der letzten COP, technische Hilfe für die am stärksten betroffenen Länder an.

Mehr als 100 Ländern haben sich außerdem verpflichtet, die Entwaldung bis zum Jahr 2030 zu stoppen. „Das ist so, als wenn ich heute Lungenkrebs hätte und mir vornehme, in ein paar Jahren mit dem Rauchen aufzuhören“, kritisiert Antonio Zambrano.

Hängt das magere Verhandlungsergebnis vielleicht auch mit der Zusammensetzung der Teilnehmer*innen des Weltklimagipfels zusammen? Die Mehrheit der Verhandlungspartner war männlich, weiß, ältere Erwachsene und Lobbyisten. Die größte Delegation stellte nicht etwa ein Staat, sondern die Ölgesellschaften.

In der Diskussion stellte Antonio Zambrano fest, dass die Klimapolitik im Wahlkampf und in der öffentlichen Wahrnehmung keine große Rolle spielt. Größeres Interesse genießt immerhin die eng damit zusammenhängende Frage des Schutzes der indigenen Territorien. Der Klimabewegung muss es gelingen, das eher als „abgehoben“ wahrgenommene Thema der Klimagerechtigkeit mit dem indigenen Kampf um die Territorien und mit Gesundheitsproblemen in den Städten in Zusammenhang zu bringen, damit es anschaulicher und spürbarer wird. Aber auch jetzt gibt es schon viele Jugendliche in Peru, die sich in unterschiedlichen Klimaschutz-Gruppen wie Mocicc oder Fridays for Future engagieren. Auch indigene Organisationen tragen viel dazu bei, das Thema voranzubringen. So hat das Volk der Wampis in Nordperu die Autonome Territorialregierung der Wampis-Nation ausgerufen, mit der es weitere Zerstörungen des Regenwaldes verhindern will. Und die indigene Frauenorganisation ONAMIAP hat eine Agenda zur Energiewende erstellt.

Annette Brox